

Stadtvorstand - Antrag an den Stadtparteitag

Stadtteilbeauftragte

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Ortsverbände/Stadtbezirksverbände werden aufgefordert, innerhalb der nächsten sechs Monate für die (statistischen) Stadtteile von Dresden Stadtteilbeauftragte zu gewinnen und diese in ihren Mitgliederversammlungen zu bestätigen. Nach Möglichkeit sind für die Stadtteilbeauftragten auch Stellvertreter*innen zu benennen.
2. Die Stadtratsfraktion, die Stadtbezirksbeirat*innen und die Ortschafträte der LINKEN werden gebeten, diese Stadtteilbeauftragten besonders intensiv in die kommunalpolitische Arbeit einzubeziehen (Vorberatungen der Stadtbezirksbeirat*innen, Stammtische usw.), auf deren Erfahrungen und Ortskenntnisse bei konkreten kommunalen Problemen zurückzugreifen und diese vor Entscheidungen, die den Stadtteil unmittelbar betreffen, zu konsultieren.
3. Der Stadtvorstand wird beauftragt, eine Vernetzung zwischen den Stadtteilbeauftragten zu organisieren und ein Konzept (Öffentlichkeitsarbeit, kontinuierliche Arbeitsweise) zu entwickeln, mit dem aus den Stadtteilbeauftragten mittel- und langfristig örtliche Ansprechpersonen für die Bürger*innen neben die Stadträt*innen, den Stadtbezirksbeirat*innen und den Ortschafträten werden können.

Begründung:

Das prozentual schwächere Abschneiden bei den Kommunalwahlen als 2014 führt zu einer Verringerung der Mandatsdichte, die Zahl der

errungenen Stadtratsmandate sank von 15 auf 12, die der Ortschaftsratsmandate von 7 auf 5 und die Mandate in den erstmals direkt gewählten Stadtbezirksbeiräten von 39 auf 34. Hinzu kommt, dass mit der Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte die stellvertretenden Beiratsmitglieder (bisher ebenfalls 39) entfallen. Die Zahl der kommunalpolitischen Mandate und damit die unmittelbare personelle Beteiligung von Parteimitgliedern (und einzelnen Sympathisanten*innen) an der Kommunalpolitik halbierte sich damit fast (von 100 auf 51). Damit verringert sich natürlich auch die Zahl der Ansprechpartner*innen für die Bürger*innen entsprechend. Vor Ort bekannte Ansprechpartner*innen sind zum Teil „funktionslos“ geworden.

Auch wenn sich unter den insgesamt 259 Kandidierenden zur Kommunalwahl natürlich eine Vielzahl von Genoss*innen befand, die mit ihrer Kandidatur vor allem die Partei im Wahlkampf unterstützen wollten ohne große Ambitionen zu hegen, muss doch konstatiert werden, dass zwischen 100 und 150 Kandidierende auch gern ein Mandat im Stadtrat, einem Ortschaftsrat oder einem Stadtbezirksbeirat wahrgenommen hätten, also ungefähr doppelt bis dreimal so viele wie nunmehr tatsächlich die Möglichkeit dazu haben. Dazu gehören auch viele, die bisher sehr engagiert für DIE LINKE kommunalpolitisch aktiv waren.

Daraus ergibt sich zum einen die Notwendigkeit, die Verankerung der LINKEN in den Stadtteilen gerade angesichts der wachsenden parteipolitischen Konkurrenz deutlich zu stärken. Stadtteilbeauftragte sind dabei ein erster Schritt, dem wahrscheinlich weitere folgen müssen. Auch für die Arbeit der Stadtratsfraktion und für die Stadtbezirksbeiräte (mit insgesamt vielen „Neulingen“) sind feste Ansprechpersonen vor Ort sicher sehr hilfreich.

Zum anderen steht derzeit aber auch ein erhebliches personelles Potenzial für diese Aufgabe zur Verfügung (mit zu erwartenden Unterschieden zwischen den Stadtbezirken). Als Stadtteilbeauftragte kommen einerseits kommunalpolitisch erfahrene Personen infrage, die bisher dem Stadtrat oder einem Stadtbezirksbeirat angehörten, zum anderen aber auch engagierte Nachwuchskräfte, die am 26.05. 2019 noch kein kommunalpolitisches Mandat erringen konnten. Stadtteilbeauftragte sollte entweder in dem Stadtteil wohnen oder auf andere Art mit diesem besonders verbunden sein, sie sollten den Stadtteil auf jeden Fall gut kennen. Stadtteilbeauftragte als „Doppelfunktion“ von Stadträt*innen oder Stadtbezirksbeirat*innen sollte es höchstens ausnahmsweise geben.



Stadtvorstand - Antrag an den Stadtparteitag

Stärkung der politischen Arbeit in den Stadtbezirken.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Ortsverbände/Stadtbezirksverbände werden gebeten, Konzepte und Vorschläge zu entwickeln, um die politische Wirksamkeit in den Stadtbezirken deutlich zu verbessern. Der Stadtvorstand wird beauftragt, diese Konzepte und Vorschläge zu einem Gesamtkonzept des Stadtverbandes für die politische Arbeit in den Stadtbezirken zusammenzuführen und einem Stadtparteitag 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Ortsverbände/Stadtbezirksverbände werden gebeten, bei der nächsten turnusmäßigen Neuwahl der Ortsvorstände/Stadtbezirksvorstände neben den „klassischen“ Parteiämtern (Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende,

Beisitzer*innen) auch konkret verantwortliche Vorstandsmitglieder für folgende für die Zukunft, den inneren Zusammenhalt und das Erscheinungsbild der Partei besonders wichtige Aufgaben zu wählen:
verantw.Vorst.mitgl. für Infostände/Kampagnen
verantw.Vorst.mitgl. für Finanzen/Mitgliedsbeiträge/Spenden
verantw.Vorst.mitgl. für Jugendarbeit
verantw.Vorst.mitgl. für Senior*innenarbeit
verantw.Vorst.mitgl. für Pressearbeit
verantw.Vorst.mitgl. für Öffentlichkeitsarbeit im Internet
Ortsverbände/Stadtbezirksverbände, in denen eine turnusmäßige Neuwahl erst wieder 2021 ansteht, werden gebeten, im Rahmen der Aufgabenverteilung im Vorstand und bei Bedarf durch Nachwahlen entsprechende Verantwortlichkeiten festzulegen.

3. Der Stadtvorstand wird beauftragt, eine Vernetzung der Ortsvorstände/Stadtbezirksvorstände in den besagten Verantwortungsbereichen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches und der wechselseitigen Unterstützung zu organisieren.

Neu: 4. Zur Begleitung wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die beauftragt wird, weitere Konzepte und Vorschläge zu entwickeln, um die politische Wirksamkeit in den Stadtbezirken deutlich zu verbessern. Die Arbeitsgruppe soll aus bis zu 2 Vertreter*innen der SBVs, dem Stadtvorstand, der linksjugend und dem Ältestenrat gebildet werden. Der Stadtvorstand wird beauftragt, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe in Konzepte und Vorschläge zu einem Gesamtkonzept des Stadtverbandes für die politische Arbeit in den Stadtbezirken zusammenzuführen und einem Stadtparteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Mitgliederstruktur der LINKEN in Dresden verjüngt sich weiter. Nach wie vor treten neue, überwiegend jüngere Mitglieder der Partei bei. Der Zustrom neuer Mitglieder hat sich zwar etwas verlangsamt, hält aber an. Viele neue Mitglieder sind an einer aktiven Mitarbeit interessiert, finden dazu aber nicht in jedem Fall ausreichende Möglichkeiten.

Dabei konzentrieren sich die neuen Mitglieder (in gewissen Analogie zu

den neuen Wähler*innen) überwiegend in den Stadtbezirken Neustadt und Pieschen und in einzelnen, demografisch „jungen“ Stadtteilen in anderen Stadtbezirken (z.B. Löbtau, Friedrichstadt, Strehlen, Striesen).

Eine wachsende Partei erfordert neue Organisationsüberlegungen. Seit 1990 bis vor wenigen Jahren waren Organisationsüberlegungen in der PDS und später in der LINKEN vor allem dadurch gekennzeichnet, die Strukturen den schwindenden Mitgliederzahlen und der zunehmenden Überalterung anzupassen. Dass „Basisgruppen“, die es einst in fast jedem Wohngebiet gegeben hat, sich zunächst in den Stadtteilen zusammenschlossen und später in den Ortsverbänden auf Ortsamts- (bzw. Stadtbezirksebene) aufgingen, machte die Parteilarbeit für die verbliebenen Mitglieder effizienter.

Heute steht DIE LINKE in Dresden angesichts der politischen Situation nach den Wahlen 2019 vor der Aufgabe, die politische Außenwirksamkeit sowohl des Stadtverbandes als auch seiner nachgeordneten Gliederungen deutlich zu erhöhen.

Durch die Änderung der Dresdner Hauptsatzung und die erstmalige Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte wird das politische Eigengewicht der zehn Dresdner Stadtbezirke deutlich zunehmen. Dem muss auch DIE LINKE in ihrer Organisation Rechnung tragen.

Zugleich müssen stadtweit die Aktivitäten verstärkt werden, um gerade jetzt weitere Mitglieder zu gewinnen. Beides kann nur gelingen, wenn das Engagement der Mitglieder genutzt und die vorhandene Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit ausgeschöpft wird.